

Rede des sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt anlässlich der Vertragsunterzeichnung der Umweltallianz Sachsen

- Es gilt das gesprochene Wort -

Begrüßung,

ich freue mich, dass ich sie heute zur Unterzeichnung der Umweltallianz Sachsen begrüßen darf. Besonders freue ich mich, die Vertreter der tschechischen und polnischen Unternehmen und Behörden hier in Dresden willkommen zu heißen.

Umweltallianz war Paradigmenwechsel

Fast auf den Tag genau wurde heute vor fünf Jahren zum ersten mal in Sachsen eine Umweltallianz von Wirtschaft und Staat unterzeichnet. Damals haben wir Neuland in der Umweltpolitik betreten. Denn nach Bayern war Sachsen das zweite Land, das mit partnerschaftlichem Dialog neue Töne in Sachsen angeschlagen hat. Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und Kooperation heißen die drei Prinzipien, die die neue Denkrichtung der Umweltpolitik bei uns im Freistaat seither bestimmen.

Damit haben wir in Sachsen einen in ganz Deutschland fälligen Paradigmenwechsel schon vor fünf Jahren vollzogen: Weg von einer Umweltpolitik als sturer Ordnungspolitik. Hin zu einer Politik, die das umweltgerechte Verhalten zum eigenen Interesse macht. Weg vom überkommenen Bild des Vater Staat, der mit der Hundertsten Richtlinie die Unternehmen ihrer Verantwortung beraubt. Hin zu einem modernen Staat, der kostspielige und langwierige Bürokratie abbaut und auf selbstregulierende Marktmechanismen setzt.

Umweltallianz ist Erfolgsgeschichte

Heute - nach fünf Jahren - sehen wir deutlich, dass die Umweltallianz eine Erfolgsgeschichte geworden ist. Derzeit zählen wir über 200 Teilnehmer in der Umweltallianz. Dazu gehören große Unternehmen aus der Automobilbranche genauso wie kleinere Handwerksbetriebe. Und ganz offensichtlich ist über die Jahre in den zahlreichen Gesprächen der Vertragspartner ein vertrauensvoller Dialog gewachsen, der auch greifbare Erfolge vorweisen kann: Bis heute wurde an 140 Standorten in Sachsen das Umweltmanagement nach EMAS eingeführt. Mindestens ebenso viele Unternehmen sind nach entsprechender DIN-Vorschrift zertifiziert worden; Handwerksbetriebe haben das Umweltsiegel eingeführt.

Die Maßnahmen, die im Rahmen der Umweltallianz von den Unternehmen getroffen worden sind, sind zahlreich und vielfältig. Den Erfolg sehe ich auch gerade darin, dass es viele kleine und nur scheinbar unbedeutende Regelungen sind. Bei dem einen ist es ein einzelner Kniff, der viel Energie einsparen kann. Beim einem anderen sind es nur leicht geänderte Abläufe, die die Abfallwirtschaft ökologischer machen. Und wenn es nur ganz einfache Dinge sind, wie ein

Fahrradständer, der den einen oder anderen der Beschäftigten dazu bringt, auf das Auto zu verzichten. Sicherlich sind noch nicht alle Selbstverpflichtungen erfüllt worden. Aber in der Fortschreibung der Allianz sehe ich auch die Chance, gemeinsam mit neuem Anlauf und den bisher gesammelten Erfahrungen die noch ausstehenden Ziele zu erreichen.

Mich freut natürlich auch, dass die Verbesserungen nicht nur bei den Unternehmen eingeführt worden sind. Auch die Verwaltung hat dazu gelernt: Genehmigungsverfahren im Immissionsschutz konnten durch ein Online-Pilotprojekt beschleunigt werden und Verwaltungswege messbar verkürzt werden. Mit der Ausweitung dieses Systems auf ganz Sachsen werden wir nicht nur die Standortvorteile im internationalen Wettbewerb um Industrieansiedlung erweitern. Das Online-Pilotprojekt zeigt auch, daß Umweltpolitik keine einseitige Forderung des Staates an die Wirtschaft zu sein braucht. Beide Seiten müssen aufeinander zugehen und partnerschaftlich im gemeinsamen Interesse handeln.

Der Rückblick auf die erfolgreichen fünf Jahre Umweltallianz zeigt, dass es richtig war, die Blickrichtung zu ändern und neue Wege in der Umweltpolitik zu beschreiten. Die klassischen Instrumente der Umweltpolitik - Gesetze und Verordnungen - haben zwar ihr Ziel erreicht und wesentliche Verbesserungen gebracht. Aber wenn wir ein Öko-Diktat vermeiden wollen, dann müssen wir in Zukunft noch mehr auf Eigenverantwortung und Freiwilligkeit setzen. Wir haben beispielsweise verwaltungsrechtliche Erleichterungen für EMAS Unternehmen geschaffen und werden diesen Weg sicherlich noch weiter ausbauen.

Denn Umweltschutz braucht keine staatliche Bevormundung zu sein. Umweltschutz muss keine behördliche Frömmerei sein. Es ist vielmehr so, dass wir Umweltschutz nur dann richtig handhaben, wenn wir Sinn und Zweck vermitteln und praktizieren: Denn Umweltschutz machen wir nicht den Vorschriften zu Liebe. Umweltschutz machen wir im ureigensten Interesse und deswegen können wir die Interessen der Wirtschaft mit denen des Umweltschutzes in Deckung bringen.

Die Flut hat uns an Umweltschutz erinnert

Die Flut im vergangenen Sommer hat uns in schmerzlicher Weise an diese Zusammenhänge erinnert. Dass nämlich ein Hochwasser erst durch den Menschen zur Katastrophe wird. Und dass die Natur für sich genommen keine Katastrophen kennt. Generationen von Menschen vor uns haben sich danach gerichtet und haben mit den Regeln der Natur gelebt. Dresden hat sehr gute Beispiele dafür: Zu Zeiten des Hochwassers flammte immer wieder die Diskussion auf, dass das schlimme Hochwasser Folge der Einengung der Flüsse durch den Menschen sei. Das mag für viele Flüsse zutreffen, aber nicht für die Elbe und nicht in Dresden! Die weiten Elbwiesen auf beiden Seiten mitten in der Stadt sind in Deutschland einmalig und sind in weiser Rücksichtnahme auf die Natur entstanden.

Denn im Hochwasser wäre noch viel mehr untergegangen, wenn in der Vergangenheit diese Freiflächen bebaut worden wären. Die Menschen der vorangegangenen Jahrhunderte hatten offensichtlich nicht vergessen, zu was für einem Strom von neun Metern Tiefe und mehreren Hundert Metern Breite die Elbe in seltenen Fällen anwachsen kann. Unsere Vorfahren hatten sich offenbar das Wissen um die Besonderheiten der Natur bewahrt. Viele der alten Häuser in der Dresdner Altstadt sind auf Pfählen gegründet. Erst die Wucht, mit der das Grundwasser auch noch nach der Flut auf die Tiefgaragen und Betonwannen der Neubauten gedrückt hat, hat uns heute daran erinnert, dass auch im Kies und Sand unter Dresden Wassermengen fließen.

Wir müssen den Dingen auf den Grund gehen, wenn wir den Umweltschutz ernst meinen wollen und wenn wir unsere eigenen Lebensumstände erhalten wollen. Die Flut hat deutlich gezeigt, dass wir den Hochwasserschutz nicht erst in den Anrainergemeinden der Flüsse und Bäche beginnen können. Vorbeugender Hochwasserschutz fängt an der Quelle an! Und genau das ist es, was allgemein für einen ernst gemeinten integrierten Umweltschutz gilt: Wir müssen die Dinge in der Aufsicht betrachten und die Abläufe in ihrer Gesamtheit verstehen - und nicht erst am Schluss den Filter auf den Schornstein stecken.

Wenn wir das Ganze aus dem Auge verlieren, laufen wir schnell Gefahr, dass Umweltpolitik zu reiner Symbolpolitik verkommt. Die Flut hat uns daran erinnert, dass Umweltschutz keine Spielwiese für ideologische Spitzfindigkeiten ist. Umweltschutz bleibt schlicht und einfach eine Notwendigkeit, die nicht die Umwelt, sondern in erster Linie uns selber und unsere Zivilisation schützt.

Umweltschutz ist kein Hindernis im globalen Wettbewerb

Es ist deshalb unsere Aufgabe eine Umweltpolitik zu betreiben, die die Wirtschaft gerade in der gegenwärtigen Situation nicht als unliebsame Übung empfindet. Wir müssen Umweltpolitik so gestalten, dass die Wirtschaft bei den bevorstehenden Veränderungen und Reformen den Umweltschutz nicht als Klotz am Bein, sondern als eine notwendige und vor allem lohnenswerte Aufgabe begreifen kann. Umweltschutz ist kein Hindernis im globalen Wettbewerb. Umweltpolitik kann - richtig verstanden und richtig betrieben - auch Standortvorteil sein.

Vor allem aber steht Umweltschutz dem wirtschaftlichen Fortschritt nicht im Wege. Das haben wir in den vergangenen Jahren Aufbauarbeit hier in Sachsen deutlich bewiesen. Und wenn heute der Umweltschutz bei Umfragen nur noch auf einem unteren Platz der politischen Themen rangiert, dann ist das sicher nicht Anlass zur Sorge für den Umweltminister. Dass das Interesse am Umweltschutz abgenommen hat, ist ganz im Gegenteil ein deutlicher Beweis für die Erfolge in diesem Bereich, die wir im Zuge des Aufbaus unseres Landes eben auch erreicht haben.

Was wir bisher erreicht haben

Wir alle erinnern uns an die Situation vor noch zehn Jahren. Man hätte gut und gerne zweimal am Tag ein frisches Hemd anziehen können, so viel Staub und Ruß lag in der Luft. Im Winter roch es nach Kohle und ab Mittag lag über den Straßen ein bläulicher Dunst. Heute lachen die Leute, wenn in Kinofilmen, die die Verhältnisse in der DDR auf die Schippe nehmen, daran erinnert wird. Dahinter steht, dass wir die Belastung der Luft mit Schwefeldioxid um 94 Prozent gesenkt haben. Damit halten wir flächendeckend die strengen Grenzwerte der Europäischen Union ein. Ebenso positiv ist, dass Staub und Kohlendioxid jeweils um die Hälfte zurückgeführt werden konnten. Die Umrüstung und Sanierung der Großfeuerungsanlagen hat eben nicht nur eine kurzfristige betriebswirtschaftliche Effizienzsteigerung gebracht. Modernisierung und Wettbewerb haben hier ganz offensichtlich dem Umweltschutz eher genützt als geschadet.

Gleiches gilt für unsere Gewässer. In diesem Jahr ist der Lachs zum wiederholten Male und sogar trotz des Hochwassers in die Elbe zurückgekehrt. Das sagt eigentlich schon alles über unsere Erfolge. In den Jahren 1991 bis 2002 wurden fünf Milliarden Euro in die Abwasserreinigung investiert. Bei all dem ist der wirtschaftliche Fortschritt nicht auf der Strecke geblieben. Ganz im Gegenteil: Fortschritt ist immer nur dann ein wirklicher Fortschritt, wenn er die Grundlagen unserer Gesellschaft nicht zerstört. Fortschritt ist nur dann ein Fortschritt, wenn er Neues schafft und dabei auch Bewährtes erhalten kann. Genauso wie ein Turm beim Bau zusammenstürzt, wenn die unteren Stockwerke nicht mehr tragen.

Die Zukunft verlangt eine neue Kultur der Nachhaltigkeit

Fortschritt verlangt Nachhaltigkeit und wir sollten gerade in Sachsen diese Tradition pflegen. Denn es war der sächsische Oberbergmann Hans Carl von Carlowitz, der 1713 die Entwicklung der sächsischen Wälder nach dem "Prinzip der Nachhaltigkeit" forderte. Es ist kein Wunder, dass dieser Begriff aus der Forstwirtschaft stammt. Denn dort gibt es keine kurzfristigen und schnellen Erträge. Jede Generation erntet die Anlage der vorherigen und schafft die Grundlage für den Verdienst der kommenden.

Deshalb muss es wie Hohn erscheinen, wenn der Bundeskanzler für seine "Agenda 2010" mit dem Schlagwort der "Nachhaltigkeit" wirbt. Was sind sieben oder zehn Jahre mit Blick auf die Verantwortung für die kommenden Generationen? Was können wir bewirken, wenn wir an ein paar Stellschrauben der sozialen Systeme drehen? Wir brauchen grundlegende Reformen, wenn wir wirkliche Vorsorge für künftige Generationen schaffen wollen. Denn Nachhaltigkeit heißt, dass wir die laufenden und künftigen Entwicklungen berücksichtigen. Und ich frage: Was sind denn die Faktoren, die unsere gesellschaftliche Entwicklung maßgeblich bestimmen?

Demografie als ökologische Herausforderung

Wir werden älter und wir werden weniger. Das hat eklatante Bedeutung für unsere sozialen Systeme. Und aus gutem Grund beginnen wir in Deutschland - wenn auch mit Verspätung - eine Debatte über grundlegende Änderungen. Die demografische Entwicklung stellt aber auch die Umweltpolitik vor große Herausforderungen. Beispielsweise die Umweltinfrastruktur. Die Kosten für die Bereitstellung von Trinkwasser und Abnahme von Abwasser und Abfall werden in Zukunft von weniger Menschen als bisher getragen werden können. Gerade im ländlichen Raum stellt die Abwanderung auch für die Umweltpolitik ein ernstzunehmendes Problem dar. Es macht eben wirtschaftlich gesehen einen Unterschied, ob 100 oder zehn Häuser an einem Kanalanschluss liegen. Wir werden uns Gedanken darüber machen müssen, in welcher Weise Kosten für die Wartung und Erhaltung der Anlagen in Zukunft gerecht umgelegt werden können. Die demografische Entwicklung bietet einerseits Chancen für künftige Umweltentlastungen; sie wirft aber auch ökologische Fragen auf, die unsere Umweltpolitik beantworten muss.

EU-Osterweiterung ist Rahmenbedingung für die Umweltpolitik

Die demografische Entwicklung bestimmt aber nur eine Achse des Koordinatensystems, in dem wir uns bewegen. Die andere ist definiert durch Globalisierung sowie Erweiterung und Vertiefung der europäischen Union. Auch darin liegen Chancen und Risiken. Wir können das Zusammenwachsen mit unseren direkten Nachbarn für eine gemeinsame und aufeinander abgestimmte Umweltpolitik nutzen. Wir müssen dabei aber auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft im Auge behalten.

Auch hier hat die Flut im vergangenen Sommer uns nicht nur in Erinnerung gerufen, dass sich Natur und Umwelt nicht in Staatsgrenzen fassen lassen. Wir haben vor allem erlebt, wie gut und reibungslos die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn bereits ist. Mit Überwindung der EU-Außengrenzen werden wir in diesem Punkt einen weiteren und spürbaren Abbau bürokratischer und politischer Hürden für einen gemeinsamen und effektiven Umweltschutz erreichen können. Bereits jetzt zeigt sich die Entwicklung in der großen Anzahl grenzüberschreitender Projekte.

Chancen zum Export von "Öko-know-how"

Wir sollten nicht verkennen, dass daraus auch wirtschaftliche Impulse für Sachsen erwachsen. Denn die osteuropäischen Staaten stehen nach der Öffnung und mit Beginn des Strukturwandels vor ökologischen Problemen, auf die wir bereits Antworten gefunden haben. Die Bewältigung von 40 Jahren ökologischem Raubbau nach sozialistischem Strickmuster war eine Erfolgsgeschichte, bei der wir viel gelernt und wertvolles Know-how gewonnen haben. Erfahrungswerte, die in den nächsten Jahren in den osteuropäischen Staaten ein gefragtes Wissen sein werden.

Ich denke dabei nicht nur an die außerordentlichen Erfahrungen, die wir bei der Sanierung des Braunkohle- und Uranerzbergbaus gewonnen haben. Wir können viel mehr. Ob es die Rückgewinnung von Quecksilber für eine wirkliche Kreislaufwirtschaft aus Bauteilen und Geräten ist. Ob es die Entwicklung von Kleinkläranlagen für den ländlichen Raum ist. Oder ob es die vorbildliche Kommunikationsstrategie eines Unternehmens mit seiner Nachbarschaft ist. Viele Unternehmen haben in Sachsen mit dem Strukturwandel Spitzentechnologie und modernste Verfahren entwickelt, die in den osteuropäischen Staaten bei absehbar gleicher Entwicklung von hoher Bedeutung sein werden.

Windkraftanlagen

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch auf eine Erkenntnis hinweisen, die gerade erst in die Diskussion kommt und die verlangt, dass wir offen und frei von Vorurteilen die Argumente abwägen. Ich spreche von der staatlichen Förderung der Windenergie. Auch in Sachsen sind in den letzten Jahren viele solcher Windkraftparks entstanden, weil wir für den Einsatz regenerativer Energien sind. Die Windkraft ist aber nur eine neben anderen wie beispielsweise der Biomasse. Deshalb halte ich es für angebracht, die Frage zu stellen, was wir tun und wo wir hinwollen.

Derzeit garantiert der Staat dem Lieferanten von Strom aus Windkraft einen festen Preis, der oberhalb des Marktpreises für "herkömmlichen" Strom liegt. Die derzeitige Überförderung der Windkraft ermöglicht Renditen von 10% und mehr. Es ist klar, dass wir hier auf Kosten der Gemeinschaft den Markt verzerren. Für die geordnete Entwicklung der Windkraft müssen wir hier eine baldige Korrektur anstreben.

Umweltpolitik verlangt eine Befreiung von Ideologie

Das Beispiel der Windräder zeigt, dass wir die Umweltpolitik von ideologischen Betrachtungen befreien müssen. Die Umweltallianz in Sachsen ist dabei Wegweiser. Wir haben vor fünf Jahren einen Richtungswechsel vollzogen und bauen kostspielige staatliche Vorgaben ab. Stattdessen nutzen wir Marktmechanismen für bessere Ergebnisse. Dieser Gedanke setzt sich erfreulicher Weise auch außerhalb Sachsens durch. Gutes Beispiel für die einfache aber überzeugende Politik, die hinter dieser Kehrtwende steht, ist der zum nächsten Jahr auf EU-Ebene eingerichtete Emissionshandel. Die Übererfüllung der Normwerte gibt Wertpapiere, die "dreckige" Betriebe teuer erstehen müssen, um die Norm vor dem Gesetz erfüllen zu können. Hier wird die Eigenverantwortung der Wirtschaft gestärkt und der Antrieb zu umweltgerechtem Verhalten in die betriebliche Kalkulation eingeführt. Wir nutzen die Marktwirtschaft für ökologisches Verhalten.

Allerdings müssen wir bei einem solchen Vorgehen darauf achten, dass die Rahmenbedingungen für den Markt auch fair bleiben. Das heißt für mich zum Beispiel auch, dass wir bei Austeilung der Emissionspapiere das Bezugsjahr so bestimmen, dass uns die Erfolge der vergangenen Jahre nicht auf die Füße fallen. Sonst würden wir ökologisches Verhalten der Vergangenheit bestrafen. Es macht - meines Erachtens - auch keinen Sinn, wie der Bundesumweltminister es tut, einen wütenden Kampf gegen Einwegverpackungen zu führen. Denn in der Umweltpolitik kommt es weniger auf die Verpackung als auf den Inhalt an. Nicht überall, wo "grün" drauf steht ist auch "öko" drin.

Dirigismus und Label-Politik wird der Zukunft nicht gerecht

Wichtig ist, dass unsere Politik ein ökologisches Verhalten aus Eigenverantwortung und Eigeninteresse fördert. Denn das Engagement der Wirtschaft kann Herausforderungen der Zukunft viel besser und viel schneller lösen als der Staat dies mit Regulierung und Verordnung erreichen könnte.

Umweltpolitik muss in Zukunft in noch größerem Maße die Entwicklungen unserer Gesellschaft berücksichtigen. Wir werden in den kommenden Jahren den zügigen Rückbau des allumsorgenden Wohlfahrtsstaates erleben. Wir werden das Wiedererstarken der individuellen Verantwortung in einer Bürgergesellschaft erleben. Wir werden erleben, dass Private in viel mehr Bereichen Leistungen erbringen, die wir bislang für unumgängliche Staatsaufgaben gehalten haben. Und wir werden erleben, dass dies - wie bei der Privatisierung des Telekommunikationsmarktes - nicht zu einer schlechteren, sondern zu einer besseren und auch preiswerteren Versorgung führen wird.

Ich bin froh darüber, dass wir mit unserer Gesellschaft eine Entwicklung durchlaufen, in der sich der Staat aus vielen Feldern unserer Gemeinschaft zurückziehen muss. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Umwelt darunter nicht leiden wird. Ganz im Gegenteil: Die Umweltallianz in Sachsen ist das beste Beispiel dafür, dass mit Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und Kooperation mehr für die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt getan werden kann, als mit verordneter Staatsökologie.

Ich begrüße die Fortschreibung der Umweltallianz über weitere fünf Jahre und weiß um den hohen Anspruch, der hinter den Zielen steht. Ich danke allen beteiligten Unternehmen für ihren Beitrag, den sie für die Stärkung unseres Standortes und für die Lebensqualität der nachwachsenden Generationen leisten.

Vielen Dank.